

Haben und Nichthaben

Gerechte Umverteilung muss eine globale Perspektive eröffnen

von Jutta Sundermann (Attac) und Anne Jung (medico international)

Die Umverteilung von unten nach oben, die wir täglich vor unserer Haustür beobachten können, ist ein globales Phänomen. Denn das neoliberale Versprechen, dass mit der Liberalisierung des Waren- und Kapitaltransfers auch etwas für die Armen abfallen würde, hat sich als falsch erwiesen. Die Entwicklung lässt sich mit dem englischen Slogan „Take it from the needy, give it to the greedy“ zusammen fassen: Nimm's denen, die es brauchen, gib's den Gierigen. Das ist die Folge einer Krisenpolitik, die die Lasten weltweit nach unten umverteilt, um die Reichen zu schonen.

Deshalb müssen wir die globalen Verhältnisse (wieder) politisieren und erkennen, dass der Kampf für eine gerechte Umverteilung von oben nach unten nur unter einer globalen und solidarischen Perspektive verantwortlich geführt werden kann.

Noch nie waren in der jüngeren Geschichte die Unterschiede bei Einkommen, sozialen Chancen und Gesundheitsstatus zwischen und innerhalb von Ländern noch nie so groß wie heute. Armut und in der Folge Hunger und Krankheit bestimmen den Alltag von Milliarden Menschen vor allem im Süden. Auch im Norden geht es seit Ausbruch der Krise für viele nur noch bergab: In etlichen Ländern Süd- und Osteuropas haben sich die Lebensbedingungen deutlich verschlechtert. Verzweifelt wehren sich die GriechInnen gegen den Sozialkahltschlag, während in den Häfen der griechischen Küste die Luxusyachten ihrer superreichen Landsleute vertäut liegen. Auch in Deutschland werden die Schlangen an den Tafeln trotz atemberaubender Handelsbilanzüberschüsse und wachsender Privatvermögen täglich länger.

Gleichzeitig ist die Weltgesellschaft wohlhabender als je zuvor. Wir leben in einer Welt, die in der Lage wäre, die Grundbedürfnisse aller Menschen zu befriedigen und globale soziale Rechte zu verwirklichen. Kein Wunder also, dass sich in vielen Ländern der Welt Protest regt gegen diese Form der Unfairverteilung.

„Wo sind unsere Milliarden, Herr Präsident?“ riefen die Menschen in Angola vor einigen Jahren, nachdem bekannt wurde, dass sich die Regierung jedes Jahr eine Milliarde US-Dollar in ihre eigenen Taschen steckt. Die Menschen in dem rohstoffreichen Land im Südwesten Afrikas, das zugleich eines der ärmsten Länder der Welt ist, fordern ihre gesellschaftliche Teilhabe ein, die ihr durch ein Netzwerk von Ausbeutung und Bereicherung vorenthalten wird.

Umfairteilen von oben nach unten – überall

medico international und Attac fordern, eine weltweite Umfairteilung in Angriff zu nehmen. Das bringen wir ein in das Bündnis der Kampagne Umfairteilen.

Eine zentrale Rolle spielt dabei die gemeinsame Forderung nach der Austrocknung der Steueroasen. Dort lagern – gut versteckt vor dem Fiskus – nach Schätzungen des Netzwerks Steuergerechtigkeit 21 bis 32 Billionen US-Dollar aus aller Welt (und das ist kein Übersetzungsfehler!). Deutschland rangiert übrigens im Index des Netzwerks Steuergerechtigkeit der schädlichsten Schattenfinanzzentren nur knapp hinter Ländern wie der Schweiz oder den Cayman Islands.

Das Netzwerk Steuergerechtigkeit kritisiert, dass von den Millionenbeträgen der arabischen Despoten Ben Ali, Mubarak und Gaddafi nur Bruchteile aufgespürt wurden und die Schweiz obwohl sie im Jahr 2011 ein Gesetz zur Rückführung von Diktatorengeldern beschlossen hat, wenig Engagement zeige, das Verstecken der Gelder zu unterbinden.

Der politische Wille zur Abschaffung der Schattenfinanzplätze muss (auch) aus den mächtigen Industrieländern kommen. Erst dann wird in vielen Ländern eine aktive Verteilungspolitik überhaupt möglich: Der von den Menschen in Angola angeprangerte Milliarden-Diebstahl durch Korruption wird auch dadurch ermöglicht, dass die Regierungen in den Industrieländern zulassen, dass das Geld der Bevölkerung in den Steueroasen Europas verschwindet. Steuerflucht kostet Entwicklungsländer siebenmal mehr, als sie an Hilfgeldern erhalten.

Mit der heute noch utopisch erscheinenden Forderung nach einer weltweit eingeführten Reichensteuer könnten auch die Superreichen des globalen Südens zur Kasse gebeten werden. So wie der globale Süden sich mit der Verarmung breiter Bevölkerungsschichten auf der ganzen Welt geografisch nicht mehr auf die Südhalbkugel beschränkt, lässt sich auch der globale Norden mit einer extrem reichen Oberschicht längst nicht mehr auf die Nordhalbkugel reduzieren.



Vermögensabgabe eröffnet neue Handlungsräume

Auch innerhalb Europas ist es geboten, bei der Besteuerung der Reichsten über Staatsgrenzen hinweg zu kooperieren. Attac und medico fordern eine europaweit koordinierte

Vermögensabgabe, aus deren Ertrag Handlungsspielräume zu Gunsten der Menschen in vielen Ländern schaffen würden, zum Beispiel für den Aufbau eines funktionierenden Gesundheitssystems. In jedem Land, das jetzt unter einer Schuldenlast ächzt und den Abstrafungen der Finanzmärkte und den Auflagen der Troika aus EU, Europäischer Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds ausgeliefert ist, muss (neben etlichen anderen Maßnahmen) vor allem die Einnahmenseite gestärkt werden. Dazu gehören Steuern und Abgaben besonders auf große Vermögen, Erbschaften und Konzerngewinne, aber auch die Gestaltung solidarischer Sozialversicherungen unter Einbeziehung der Reichsten.

Diese Maßnahme wäre zugleich die beste Krisenvorbeugung: Wenn die Finanzmärkte schrumpfen, weil dort weniger Geld unterwegs ist, reduziert das das Risiko weiterer Finanzkrisen durch besonders gewagte Spekulation und den Druck zum Beispiel auf Land-, Immobilien- und Rohstoffpreise. Und nicht zuletzt würde europaweit koordiniertes Vorgehen bei der Besteuerung verhindern, dass einige Reiche Steuervorteile in Nachbarländern suchen.

Globale neoliberale Umverteilung

Vollständig wird das bisher beschriebene Szenario erst, wenn wir die internationalen Beziehungen hinzunehmen und die Ungleichverteilung zwischen den Ländern auch ins Auge fassen. Hier wird deutlich, dass die Forderung nach Umfairteilung mit einer grundsätzlichen Kritik am neoliberalen Wirtschaftsmodell einher gehen muss.

Die Finanzkrise der letzten Jahre hat gravierende Folgen für die Länder des Südens: Der Nachfragerückgang für mineralische Rohstoffe traf jene Länder besonders hart, die auf den Export angewiesen sind. Die Entschuldungsinitiative erlassjahr.de weist darauf hin, dass absurderweise im Zuge der Krise Kapitalflüsse aus südlichen Empfängerstaaten in die scheinbar sicheren Häfen derjenigen Länder geleitet wurden, in denen die Krise entstand. Dadurch fehlt dringend benötigtes Geld für den Aufbau von Infrastruktur oder Gesundheitswesen.

Die schon vor der Krise wirksame neoliberale Umverteilung von Arbeitskräften, Medikamenten, natürlichen Ressourcen und Geld hat weltweit entsetzliche Folgen: Wer von Umverteilung spricht, darf über Handelsbeziehungen nicht schweigen.

Im September 2012 brannte eine Textilfabrik im pakistanischen Karatschi. Über 250 Menschen verloren in den Flammen qualvoll ihr Leben, weil die meisten Fenster zugemauert waren und die wenigen Notausgänge verriegelt waren. medico international wurde von seinen Partnern darüber informiert, von Gewerkschaftern, die versuchen, die Arbeiterinnen und Arbeiter der Weltmarktfabriken zu organisieren. Von ihnen erfuhren wir, dass die abgebrannte Fabrik auch Jeans für den deutschen Markt produzierte. Auftraggeber unter anderem: der Textildiscounter KiK, dessen Billigmärkte sich in den Einkaufszentren unserer Städte finden. Dieses globale Geschäft der unfairen Verteilung rechnet sich, wenn die Menschen, die Hosen für KIK nähen, dafür nur zwei US-Dollar täglich bekommen, wenn sie weder Rentenansprüche noch ihr Recht auf Krankenversicherung geltend machen können. Das Geschäft der unfairen Verteilung rechnet sich, wenn die gewerkschaftliche Organisation – wie sie von den medico Partnern in Karatschi versucht wird – immer wieder auch mit Gewalt unterdrückt wird.

Die brennende Fabrikhalle in Karatschi steht symbolisch dafür, wie die von Deutschland innerhalb der EU forcierte Liberalisierung des Handels dazu beigetragen hat, die Schere zwischen arm und reich global noch weiter zu öffnen als zuvor.

Dieses Beispiel zeigt auch, wie sehr die internationale und hiesige Ungleichverteilung Seiten derselben Medaille sind: Immer mehr KundInnen von KiK hierzulande sind auf Billigware angewiesen. Im Gang zu KiK kommen 30 Jahre Sozialabbau in Deutschland auf den Punkt. Die wechselnden deutschen Regierungen der vergangenen Jahrzehnte sorgten mit Steuerentlastungen für Spitzeneinkommen, für Kapitalerträge und Vermögen dafür, dass ein Prozent der reichsten Deutschen über mehr als 35 Prozent des Gesamtvermögens verfügt, die Hälfte der Gesamtbevölkerung hingegen über praktisch gar keins.

Auch in Europa verschärfen grundsätzliche Weichenstellungen die Verteilungskrise: Deutschland weist jedes Jahr Handelsbilanzüberschüsse aus, denen ein ebensolches Minus in Spanien, Portugal und Griechenland gegenüber stehen. Durch seinen Niedriglohnsektor und einen hohen Automatisierungsgrad hat Deutschland die niedrigsten Lohnstückkosten in ganz Europa. Das bringt den Euro an den Rand des Zusammenbruchs und der europäischen Ungleichverteilung erschreckende Dimensionen. Während sich die privaten Vermögen in der Bundesrepublik auf 10 Billionen summieren, ist das ungefähr die Summe der Schulden, die alle europäischen Länder zusammengenommen haben.

Und global gibt es ähnliche Zahlen zu melden: Die reichsten 10 Millionen Menschen der Welt – das sind in etwa 0,14 Prozent der Weltbevölkerung – verfügen über ein Vermögen, das in etwa 55 Prozent der gesamten jährlichen Weltwirtschaftsleistung entspricht.



Umverteilung erfordert zahlreiche Maßnahmen

Die Ursachen für die Eskalation der Ungleichverteilung und der weltweiten Armut sind zahlreich. Deshalb muss es auch ein ganzes Bündel an Maßnahmen geben, um langfristig stabilere, gerechte und demokratische Handelsbeziehungen zu etablieren.

Neben den im Text genannten Forderungen nach der Bekämpfung der Steueroasen und der Einführung einer europaweit koordinierten Vermögensabgabe sowie der Wiedereinführung einer Reichensteuer sind etliche weitere Maßnahmen nötig.

- medico und Attac fordern faire Handelsregeln. Derzeit schreiben Abkommen in der Welthandelsorganisation (besonders in den Bereichen Agrarhandel, Patente und Dienstleistungen) Ungerechtigkeit fest, in immer mehr bilateralen Handelsabkommen sichern sich die einflussreicheren Staaten Rechte für ihre Unternehmen und fordern Marktöffnungen, die oft zerstörerisch wirken. Gerade die ländliche Entwicklung in vielen afrikanischen Staaten wird immer wieder zurückgeworfen, weil nach erfolgter Marktöffnung gedumpte Billignahrungsmittel aus Europa die lokalen Märkte überschwemmen.
- Die sogenannte „Rohstoff-Initiative“ der Bundesregierung (und die daran orientierte der EU) darf nicht länger ein Garantieschein für zuverlässige Ausbeutungs-Beziehungen sein, sondern muss soziale, ökologische und demokratische Voraussetzungen für Rohstoff-Abbau und Handel in den Vordergrund stellen.
- Es bedarf zudem umfangreicher Schuldenstreichungen. Dazu gehört ein Schuldenaudit, das zur Aufklärung der Schulden- und Gläubigerstruktur beiträgt und Grundlage einer Streichung von Verbindlichkeiten sein kann. Umgesetzt werden muss auch die Streichung sogenannter illegitimer Schulden, z.B. aus Geschäften mit Diktatoren entstanden sind.
- Eine weitere wichtige Forderung ist die Einführung von Insolvenzregeln für Staaten, damit es bei Zahlungsunfähigkeit Perspektiven gibt, eines Tages schuldenfrei weiter arbeiten zu können. Für Unternehmen und für Privathaushalte sind Insolvenzverfahren geregelt, für Länder nicht. Dabei übertrifft mancher transnationale Konzern in seinem Jahresumsatz das Bruttoinlandsprodukt ganzer Staaten.

„Es gibt nicht nur eine Gewalt auf der Straße, Gewalt in Bomben, Pistolen, Knüppeln und Steinen, es gibt auch Gewalt und Gewalten, die auf der Bank liegen und an der Börse hoch gehandelt werden“. Das sagte Heinrich Böll vor 40 Jahren, zu Beginn der Ära neoliberaler Globalisierung. Damals fing die Politik an, die Regulierung der Finanzmärkte zu lockern und die Märkte zu öffnen, um sich den Zugriff auf die weltweiten Ressourcen zu erleichtern. Deshalb muss der Kampf für die Umverteilung von oben nach unten und für die sozialen, ökonomischen und politischen Rechte weltweit geführt werden, und wir sind aufgerufen, unseren Teil dazu beizutragen.

Anne Jung ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet in der Öffentlichkeitsabteilung der sozialmedizinischen Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medico international.

Jutta Sundermann ist Aktivistin und freie Journalistin und Mitglied des Attac Koordinierungskreises

